

# BELASTUNGEN/ MASSNAHMEN FÜR ARBEITNEHMERINNEN

2000-2006

2007-2008

Eine Information über Belastungen für ArbeitnehmerInnen  
2000-2006 durch SCHWARZ-BLAU-ORANGE sowie über Maßnahmen  
für ArbeitnehmerInnen 2007-2008 durch ROT-SCHWARZ

**Ihr starker Partner.**  
[www.bgld.arbeiterkammer.at](http://www.bgld.arbeiterkammer.at)



## Belastungen/Maßnahmen 2000-2008

Als unabhängige, per Gesetz eingerichtete Interessensvertretung der Arbeitnehmer, die nur ihren Mitgliedern verpflichtet ist, vertritt die AK die Arbeitnehmerinteressen gegenüber Wirtschaft und Regierung.

In Erfüllung dieses Vertretungsauftrages beurteilt und bewertet die Arbeiterkammer auch die Arbeit der Bundesregierung. Im Brennpunkt dieser Analysen steht immer dieselbe Frage: „Gereicht diese Maßnahmen den Arbeitnehmern zum Nutzen oder zum Schaden?“. Aufschluss darüber gibt die in der vorliegenden Broschüre vorgenommene Auflistung und Gegenüberstellung der Regierungsmaßnahmen unter Schwarz-Blau-Orange bzw. Rot-Schwarz, und die Antworten fallen durchaus unterschiedlich aus.

So ist der Zeitraum 2000 bis 2006 durch eine Flut von Verschlechterungen und finanziellen Belastungen für die Arbeitnehmer gekennzeichnet. Massive Erhöhungen von Steuern, Abgaben und Gebühren, Verschlechterungen im Arbeitsrecht sowie Kürzungen bei Pensionen und den Leistungen im Bereich der Sozialversicherung kamen unter Schwarz-Blau-Orange Schlag auf Schlag.

Während eine durchschnittliche Arbeitnehmerfamilie aufgrund dieser Maßnahmen mit rund 3.300 Euro im Jahr - das entspricht dem 1,5-fachen monatlichen Nettoeinkommen der beiden Eltern - durch die Finger schaute, gab es milliardenschwere Steuergeschenke an Großunternehmen und Konzerne.

Weit differenzierter fällt die Bilanz für 2007 und die Hälfte des Jahres 2008 aus. So konnte zwar der Belastungsflut deutlich Einhalt geboten werden, als schwierig gestaltete sich jedoch die Rücknahme von Belastungen. Sie scheiterte - ebenso wie arbeitnehmerfreundliche Verbesserungen - oftmals am Nein des Regierungspartners ÖVP.

Zur bevorstehende Nationalratswahl hat die Arbeiterkammer ihr Forderungspaket an die künftige Bundesregierung geschnürt. Verlangt werden rasche Maßnahmen gegen die Teuerung, ein sozial gerechtes Steuersystem mit einer nachhaltigen Senkung der Lohnsteuer, damit die Nettolöhne steigen, sowie Investitionen in die Aus- und Weiterbildung.

## **Erhöhung von Massensteuern, Abgaben und Gebühren**

- Verdoppelung der Elektrizitätsabgabe (um € 0,0074 je kWh)
- Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer (um 51,4%)
- zweimalige Erhöhung der Tabaksteuer (um ca. € 0,36 pro Packung)
- Einführung eines Mindestpreises für Zigaretten
- Erhöhung der Biersteuer (um € 0,07 je Liter)
- Erhöhung der Umsatzsteuer auf Kaffee, Tee und Kakao um 10%
- nahezu Verdoppelung der Autobahnvignette auf knapp € 73,-
- Erhöhung der Mineralölsteuer per 1.1.2004 um 1 Cent je Liter Benzin, 2 Cent je Liter Diesel und bis zu 2,9 Cent je Liter Heizöl
- Erhöhung der Erdgasabgabe per 1.1.2004 um 51,3%
- Einführung einer Energieabgabe auf Kohle per 1.1.2004
- deutliche Erhöhung diverser Gebühren (Pass und Personalausweis wurden doppelt so teuer, Gerichts- und Grundbuchgebühren erhöht.)
- Verdreifachung der Einheitswerte bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer für Eigentumswohnungen, Häuser und Grundstücke
- Erhöhung der Versicherungsprämien infolge der Besteuerung von Rückstellungen der Versicherungen
- kräftige Tarifierhöhungen bei Post und Bahn, die man unter Privatisierungsdruck gestellt hat
- Erhöhung der ORF-Gebühren um 8,2% per 1.1.2004 (= + € 1,- netto)

## **Entlastungen bei Gebühren**

- Gebührensbeefreiung bei Geburten = Ersparnis von € 130,- für Geburtsurkunde und Eintragung in den Reisepass der Eltern
- Reduzierung der Mineralölsteuer mit 1.10.2007 um 0,5 Cent/Liter Benzin
- Erhöhung der Mineralölsteuer mit 1.7.2008 um 3 Cent/Liter Benzin und um 5 Cent/Liter Diesel
- Erhöhung der ORF-Gebühren um 9,4% per 1.6.2008 (= + € 1,30 netto)

## **Lohn- und Einkommenssteuer- Erhöhungen**

- ⇒ Steuererhöhungen durch die Halbierung des ArbeitnehmerInnen-Absetzbetrages ab 1.1.2001
- ⇒ Steuererhöhungen durch Kürzung des PensionistInnenabsetzbetrages ab 1.1.2001
- ⇒ Entfall des allgemeinen Steuerabsetzbetrages am 1.1.2001
- ⇒ höhere Einkommensteuervorauszahlungen
- ⇒ höhere Besteuerung und Kürzung von Urlaubs- und Kündigungsentschädigungen ab 1.1.2001
- ⇒ Besteuerung von Unfallrenten (im Jahr 2003)
- ⇒ höhere Steuern auf Insolvenzausfallgeld ab 1.1.2001 (ab 2006 wieder entschärft)

## **Verbesserungen im Bereich der Lohn- und Einkommenssteuer**

- ⇒ Erhöhung des Pendlerpauschales um 15% ab 1.7.2008
- ⇒ Pendlerpauschale auch als Negativsteuer in Höhe von bis zu € 130,- für Niedrigverdiener
- ⇒ Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes um 12% auf € 0,42 ab 1.7.2008

## Verschlechterungen im Arbeitsrecht

- Kürzung des Urlaubs durch Urlaubsquotierung ab 1.1.2001
- Entfall des Postensuchtags ab 1.1.2001
- Verschlechterung bei Arbeitsvertragsklauseln (Ausbildungskostenrückerstattung) ab 18.3.2006
- Abschaffung des Entgeltfortzahlungsfonds (kranke Arbeiter werden rascher gekündigt!) ab 1.10.2000
- Entfall der Zinsen bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers ab 1.1.2001
- Gehaltskürzungen bei den LehrerInnen
- Abschaffung des Hausbesorgergesetzes ab 1.7.2000
  
- Verlängerung der Probezeit und Verkürzung der Behaltefrist für Lehrlinge ab 1.9.2000
- Arbeit bis 23 Uhr für Lehrlinge im Gastgewerbe ab 8.8.2000
- keine weitere Finanzierung von Lehrlingsstiftungen ab 1.9.2000
  
- Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten durch Gesetz
- Abschaffung des gesetzlichen Anspruches auf freie Samstage für Handelsangestellte

## Verbesserungen

- Ansteigen der Beschäftigung um 90.000 Arbeitsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr
- Arbeitslosigkeit sinkt  
Höhere Investitionen in aktive Arbeitsmarktpolitik
- Angebot von weniger, aber dafür besserer Schulungen durch das AMS
  
- 25% Zuschlag für Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten  
€ 1.000,- Mindestlohn (schrittweise bis 2009 für alle Berufe)
  
- Wegfall des Kündigungsschutzes für Lehrlinge
- Ausbildungsgarantie für Jugendliche
- 1.000 neue Lehrstellen beim Bund
  
- Verlängerung der Ladenöffnungszeiten auf 72 Stunden pro Woche

## **Bauarbeiter-Urlaubsrecht**

- ▣ Anhebung der Anwartschaftsperiode für Urlaub auf 47 Wochen (bedeutet einen Einkommensverlust von rund € 87,- für jeden Bauarbeiter) ab 1.1.2001
- ▣ Einführung des tageweisen Urlaubsverbrauchs (verschlechtert die Rahmenbedingungen für eine Jahresbeschäftigung) ab 1.7.2001

## **Leistungskürzungen und Beitragsanhebungen in der Sozialversicherung**

- ▣ viermalige Erhöhung der Rezeptgebühr (um 40% auf € 4,60)
- ▣ Erhöhung des Spitalsselbstbehalts (auf 7,27 € pro Tag)
- ▣ Einführung von Ambulanzgebühren (ca. € 18,-) ab 19.4.2001
- ▣ höhere Selbstbehalte bei Heilbehelfen
- ▣ Leistungskürzungen der Krankenkassen
- ▣ Kürzung des Krankengeldes (von 78 auf 52 Wochen) ab 1.1.2001
- ▣ Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages für Angestellte um 0,4%
- ▣ Einführung einer Freizeitunfallversicherung per 1.1.2004
- ▣ Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages für PensionistInnen um jeweils 0,5% per 1.1.2004 und 1.1.2005
- ▣ Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung für EhepartnerInnen und LebensgefährtenInnen
- ▣ Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitsmarktförderung

## **Bessere Absicherung gegen Armut und mehr Förderung**

- ▣ Deckelung der Rezeptgebühren mit 2 % des Nettoeinkommens
- ▣ Bedarfsorientierte Mindestsicherung: Vereinheitlichung der Sozialhilfe auf der Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes
- ▣ Volle soziale Absicherung für freie Dienstnehmer:
  - Voller Krankenversicherungsschutz
  - Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung
  - Einbeziehung in die Abfertigung Neu
  - Einbeziehung in die Arbeiterkammerzugehörigkeit
- ▣ Freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige
- ▣ Verpflichtende Anmeldung von Arbeitnehmern vor Arbeitsaufnahme (gegen Schwarzarbeit)

- ➔ Einschränkung der Jugendanwartschaft auf Arbeitslosengeld ab 1.1.2001
- ➔ 4-wöchige Sperre des Arbeitslosengeldes bei Selbstkündigung auch bei triftigem Grund (z.B. Gesundheitsprobleme, berechtigter vorzeitiger Austritt) ab 1.1.2001
- ➔ Kürzung der Familienzuschläge bei Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Karenzgeld
- ➔ 28 statt 26 Wochen Anwartschaftszeit erforderlich bei wiederholtem Arbeitslosengeldbezug
- ➔ Streichung des Weiterbildungsgeldes auch bei Elternkarenz
- ➔ Schärfere Anrechnung des Partner Einkommens bei Notstandshilfe
- ➔ Einführung der e-card-Gebühr (€ 10,- pro Jahr) ab 1.1.2005
- ➔ Streichung der Vollversicherung bei längeren AMS-Schulungsmaßnahmen ab 1.1.2004

- ➔ Förderung von neuen Arbeitsplätzen und Lehrstellen für Menschen mit Behinderung sechs Monate lang mit € 600,-
- ➔ Förderung für Betreuung daheim mit bis zu € 800,-
- ➔ Abschaffung bzw. Kürzung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Bezieher niedriger Einkommen ab 1.7.2008 (Ersparnis bis zu € 30,- pro Monat)
- ➔ Kindergeld NEU: Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Bezugsdauer - wer kürzer in Karenz ist, bekommt monatlich mehr Geld
- ➔ Anhebung der Zuverdienstgrenze für das Kindergeld von € 14.600,- auf € 16.200,-
- ➔ Erhöhung der Familienbeihilfe ab dem dritten Kind
- ➔ Ausbau der Kinderbetreuung: Bund stellt den Ländern bis zum Jahr 2010 insgesamt 45 Millionen Euro für die Errichtung zusätzlicher ganztägiger Betreuungsplätze zur Verfügung.
- ➔ Pflegegeld: Erhöhung zwischen 4% und 6% ab 1.1.2009
- ➔ Erhöhung der Förderbeiträge bei der 24-Stundenbetreuung und Entfall der Vermögensgrenze.

## Pensionskürzungen

- ➔ Pensionskürzungen durch Abschläge, Streichung von Witwenpensionen, höhere Pensionssicherungsbeiträge im öffentlichen Dienst, usw.
- ➔ Erhöhung des Pensionssicherungsbeitrages für BeamtInnen
- ➔ „Pensionsanpassungen“ weit unter der Inflationsrate (2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005)
- ➔ erhebliche Pensionskürzungen durch die Pensionsreform 2003:
  - Abschaffung der vorzeitigen Alterspension wegen Arbeitslosigkeit ab 1.1.2004 und bei langer Versicherungsdauer schrittweise ab 1.7.2005
  - Hacklerregelung völlig unzureichend
  - höhere Abschläge: 4,2% statt 3%
  - Verschlechterungen bei Altersteilzeit
  - Pensionskürzungen von bis zu 12%, für jüngere ArbeitnehmerInnen ohne Deckelung: minus 12% = minus 1,7 Monatspensionen pro Jahr
  - Junge werden in unsichere und teurere Privatvorsorge gedrängt.
- ➔ weitere Pensionskürzungen durch die „Pensionsharmonisierung“ 2004
  - Pensionsbeiträge von Selbständigen (17,5%) und BäuerInnen (15%) im Vergleich zu ASVG-Versicherten (22,8%) niedriger
  - BeamtInnen kaum betroffen (begünstigte Parallelrechnung)
  - Abschläge auch für SchwerarbeiterInnen

## Pensionenverbesserungen

- ➔ Pensionserhöhung mit 1.1.2008 zwischen 2,9% und 1,7% (Inflationsrate: 1,7%)
- ➔ Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes um 2,9% auf € 747,- mit 1.1.2008
- ➔ Vorverlegung der planmäßigen Pensionserhöhung für 2009 auf 1.11.2008
- ➔ Verlängerung der „Hacklerregelung“ bis 2010
- ➔ Keine unbefristete „Hacklerregelung“
- ➔ Keine Berücksichtigung von Krankheits- und Arbeitslosenzeiten als Beitragszeiten für die „Hacklerregelung“
- ➔ Die bisherigen doppelten Abschläge bei der Korridor pension werden halbiert (von 4,2% auf 2,1%).
- ➔ Jährliche Valorisierung der Beitragsgrundlage für die Kindererziehungszeiten (auch rückwirkend). Im gleichen Maß wie die Erwerbseinkommen steigen, wird auch die Beitragsgrundlage aufgewertet. Das bedeutet eine um 3,5% bis 10% höhere Pension.
- ➔ Übernahme des Dienstnehmeranteiles zu 50% für pflegende Angehörige, die sich selbst pensionsversichern, in der Pflegestufe 4 und zu 100% ab der Pflegestufe 5

- kein „Pensionskorridor“ und keine SchwerarbeiterInnen-Regelung für Frauen
- ⇒ Abschaffung der Mindestverzinsung bei Pensionskassen führt zu Kürzungen von Zusatzpensionen aus Pensionskassen
- ⇒ höhere Besteuerung von (Pensions-)Investmentfonds
- ⇒ höhere Beiträge in der Kranken- und Pensionsversicherung der Kleinbauern
- ⇒ höhere Pensionsversicherungsbeiträge der kleinen Gewerbetreibenden

### **Weitere Belastungen**

- ⇒ Einführung von Studiengebühren (€ 363,- pro Semester)
- ⇒ Kürzung der Schülerunterstützungen für Schulveranstaltungen
  
- ⇒ Reduzierung des Lehrpersonals für Schulen

### **Weitere Belastungen blieben aufrecht/ Verbesserungen**

- ➡ Abschaffung der Studiengebühren am Widerstand der ÖVP gescheitert
- ➡ Erstmals seit sieben Jahren Erhöhung der Studienbeihilfen
- ➡ Erhöhung der Einkommensgrenzen für den Bezug eines Stipendiums
- ➡ Erstmals seit 1999 wieder Erhöhung der Schülerbeihilfe (um 13%)
  
- ➡ 1.500 mehr LehrerInnen
- ➡ Neue Mittelschule in Modellregionen ab Herbst 2008

## **Entlastung für Unternehmen 2000 - 2006**

- Abschaffung der Getränkesteuer
- Verringerung der Werbeabgabe
- Senkung des Dienstgeberbeitrages zur Krankenversicherung per 1.1.2001
- Senkung des Dienstgeberbeitrages zur Unfallversicherung per 1.1.2001
- Abschaffung der Aktienspekulationssteuer per 1.1.2001
- Abschaffung der Börsenumsatzsteuer per 1.1.2001
- Abschaffung der Erbschaftssteuer bei Aktien
- großzügige steuerliche Förderung von „stock options“ (also die „Bezahlung“ von ManagerInnen mit Aktien)
- „Entlastung der Wirtschaft“ durch Streichung des Postensuchtages, Urlaubskürzungen und die Kürzungen der Urlaubs- und Kündigungsentschädigungen per 1.1.2001
- Reduktion der Dienstgeberbeiträge für ältere Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Aufweichung des Kündigungsschutzes älterer Arbeitnehmer
- Halbsatzbesteuerung für nicht entnommene Gewinne per 1.1.2004
- Senkung der Sicherungssteuer bei Investmentfonds per 1.1.2004
- Abschaffung der Straßenbenützungsgeldabgabe für Frächter per 1.1.2004
- steuerliche Entlastung durch Konjunkturpaket I
- steuerliche Entlastung durch „Konjunkturpaket II“ (Investitionsprämie, Forschungsförderung und Lehrlingsprämien)
- Körperschaftssteuersenkung per 1.1.2005

## **Entlastungen für Unternehmen 2006 - 2008**

- Keine Sanierung der verfassungswidrigen Erbschafts- und Schenkungssteuer aufgrund des Widerstandes der ÖVP - dadurch Wegfall dieser Steuern
- Freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige
- Streichung der Verwaltungsabgaben für Unternehmensgründer und Betriebsnachfolger
- Erhöhung des Forschungsfreibetrages
- Einführung einer Forschungsprämie
- Innovationsscheck für Klein- und Mittelbetriebe

## Belastungen für ArbeitnehmerInnen 2000-2006 SCHWARZBLAUORANGE

- ▣▣▣▣ Streichung der Eigenkapitalverzinsung per 1.1.2005
- ▣▣▣▣ Entlastungen durch die Gruppenbesteuerung per 1.1.2005
- ▣▣▣▣ Lockerung bei Rückstellungen von Versicherungen
- ▣▣▣▣ Steuersenkung bei Agrardiesel

## Maßnahmen für ArbeitnehmerInnen 2000-2006 SCHWARZBLAUORANGE

- ▣▣▣▣ Einführung der Abfertigung Neu
- ▣▣▣▣ Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (Nachteil: Die Kosten werden vom Familienlastenausgleichfond getragen, der nur von Beitägen der Arbeitnehmer gespeist wird; Kinderbetreuungsgeld können aber alle Gruppen beziehen)

## Maßnahmen 2007-2008 ROTSCHWARZ

### **IMPRESSUM:**

#### **Herausgeber:**

Kammer für Arbeiter und Angestellte  
für das Burgenland,  
Wienerstraße 7, 7000 Eisenstadt

#### **Für den Inhalt verantwortlich:**

Mag. Thomas Lehner

#### **Layout:**

AK Öffentlichkeitsarbeit

